



öffentlich

**Betreff:**

Initiative für ein Schulbauförderungsprogramm des Landes

**Einreicher:** Fraktion CDU/ANW

Erstellungsdatum 03.11.2015

Eingang 922:

**Beratungsfolge:**

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
02.12.2015	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich beim Land dafür einzusetzen, dass ein Schulbauförderungsprogramm für das Land Brandenburg aufgelegt wird, um den gestiegenen Anforderungen bei der Schulnachfrage gerecht zu werden. Dem Hauptausschuss ist im März 2016 zu berichten.

gez.  
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Die hohe Anzahl von schulpflichtigen Flüchtlingskindern und die gestiegenen Bedarfe für Schulplätze machen vielerorts Schulneubauten erforderlich. Insbesondere im Zusammenhang mit den schulpflichtigen Flüchtlingskindern werden Willkommensklassen und später erhöhte Kapazitäten benötigt, um der Schulpflicht sowie der Integration unserer neuen Mitmenschen gerecht zu werden. Die Landeshauptstadt Potsdam und die Kommunen können diese Aufgabe nicht gänzlich alleine bewältigen. Ein Schulbauförderprogramm - wie es in anderen Bundesländern bereits erfolgreich durchgeführt wird - hilft den Kommunen bei der Bewältigung der anspruchsvollen Aufgabe zur Integration unser neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie deren eigentlicher Aufgabe als Schulträger.